

Freihandel. Was sonst?

bergsicht



KAPITEL 1

Im Vormarsch

Das Jahr 2017 wird als Quantensprung des Freihandels in die Geschichte eingehen. Rund 1'300'000'000 Menschen sind nämlich ab dem 1. Juli dieses Jahres Teil eines einzigen grossen Binnenmarkts geworden. Warenkontrollen, mühseliges Ausfüllen von Zollformularen, lange Warteschlangen vor Grenzposten gehören der Vergangenheit an; ebenso die Notwendigkeit für die Unternehmungen, auf vergleichsweise kleinem Raum Lagerhäuser zu unterhalten und mit komplexer Logistik Waren und Güter von einem Gliedstaat in einen anderen zu transportieren – wozu kurioserweise oft der Umweg übers ferne Ausland und der Re-Import in die Heimat gewählt worden war. Die Rede ist von Indien, dem riesigen Bundesstaat, der bis anhin den freien Handel landesintern noch nicht kannte. Dem entschlossenen indischen Premierminister Modi gelang das, was seine Vorgänger jeweils nur halbherzig oder gar nicht an die Hand nehmen wollten, weil sich ihre Klientel auf die eine oder andere Art zutiefst im Sumpf der versickerten volkswirtschaftlichen Effizienz suhlte: die überfällige binnenwirtschaftliche Liberalisierung.

Gewiss, profunde Kenner des Landes und notorische Freihandelspuristen werden einwenden, Modis jüngste Steuerreform sei ebenfalls nur halbherzig, sie sei primär fiskalisch begründet – der durchschnittliche Mehrwertsteuersatz dürfte nämlich zumindest nicht sinken –, und in Indien verhalte sich ohnehin alles viel zähflüssiger, formalistischer und undurchsichtiger als irgendwo sonst auf der Welt. Es handle sich also lediglich um ein «Meilensteinchen» (NZZ). Mit Blick auf die Notwendigkeit einer Passkopie und den handschriftlichen Eintrag in einen riesigen Folianten, die es brauchte, um unlängst in einem Gästehaus von Delhi zu einem Frühstück zu gelangen, möchte man dieser Sichtweise durchaus zustimmen. Andererseits: Auch wenn es nur ein Schrittlchen war, ging die Reform eben doch in die richtige Richtung. Und was viel bedeutsamer ist: Sie ist nicht mehr reversibel. Schleusen, die einen Spalt weit geöffnet sind, lassen sich kaum mehr schliessen. Ausserdem betrifft die Liberalisierung nun eben nicht irgend eine dünnbesiedelte Weltgegend, sondern das bald einmal bevölkerungsreichste Land der Welt, bestückt mit einer dynamischen, vielfach gut ausgebildeten, sprachgewandten Jugend, die im wesentlichen nur eines will: dass es ihr und den nachfolgenden Generationen besser gehen soll.

Der indische Quantensprung in Richtung Freihandel kontrastiert mit dem gequälten Umgang der G20 an ihrer diesjährigen Konferenz zum selben Thema, der Fortsetzung der Liberalisierung der Weltwirtschaft und mithin der Globalisierung schlechthin. Zwar mangelte es in der ehemaligen Hanse- und Handelsstadt Hamburg nicht an mancherlei Bekenntnissen, aber unverkennbar ist dennoch: Man tut sich mit der Angelegenheit immer schwerer. Ausgerechnet der chinesische Präsident Xi Jinping, als höchster

Vertreter einer nominell immer noch kommunistischen, faktisch staatskapitalistischen und dirigistischen Nation gewiss wenig berufen, hat sich seit dem WEF 2017 zum Vorreiter der Freihandelsidee gemacht, derweil der Repräsentant der am meisten in den Welthandel verwobenen Wirtschaftsmacht, Präsident Donald Trump aus den USA, seltsam merkantilistische Signale aussendet; Ministerpräsident Shinzo Abe, insular denkend und handelnd wie kaum ein japanischer Regierungschef vor ihm, spricht wiederum von Globalisierung und freiem Handel in ebenso hohen Tönen wie manche Vertreter aus der EU, welche «Binnenmarkt» bekanntermassen primär als hoch regulierte Zone mit Festungscharakter verstehen und die solchermassen betriebene Entität für weitergehende politische Zwecke missbrauchen. Im Begleitprogramm zum G20-Gipfel schlugen sich währenddessen Demonstranten die Köpfe blutig für Zielsetzungen, die diffuser nicht ausfallen könnten.

Ein wahrhaftes Durcheinandertal! Die vorliegende *bergsicht* versucht, die Gedanken zum Thema des freien Handels und der Globalisierung in Beziehung zu setzen zu den von uns schon mehrfach aufgezeigten Megatrends der durch Digitalisierung laufend sinkenden Informations- und Transaktionskosten sowie zum unverkennbar vorhandenen Zeitgeist in Richtung Re-Regionalisierung der Welt. Dabei werden auch strategische Empfehlungen auf Stufe einzelner Unternehmungen und der kleinen offenen Volkswirtschaft Schweiz erarbeitet.

KAPITEL 2

Verschiedenheit und Veränderung

Im Gegensatz zu den Verhältnissen im Geldwesen, wo die derzeit von den wichtigen Notenbanken immer noch betriebene Politik des *quantitative easing* auf schwachem bis völlig fehlendem theoretischem Grund steht und aus unserer Sicht deshalb auch höchst risikoreich ist, kann man in Bezug auf den freien Handel von einem fundierten, historisch gewachsenen und weitgehend auch unbestrittenen theoretischen Gerüst sprechen, welches den Austausch von Waren, Gütern, Dienstleistungen und Kapital beschreibt. Den axiomatischen Hintergrund bildet die Erkenntnis der *Verschiedenheit* von Menschen und Nationen und ihren objektiven und subjektiven Voraussetzungen. Verschiedene Klimazonen, verschieden reichhaltige Ausstattung mit Bodenschätzen, verschiedene Rechtssysteme stehen Seite an Seite mit individuell verschiedenen Präferenzen für dieses oder jenes Arbeits- und Konsumverhalten, ja für die Erwartungshaltungen schlechthin. Es ist wichtig, das *Axiom der Verschiedenheit* als solches zu erkennen und auch anzuerkennen. Denn in manchen der real praktizierten Schemen, die unter dem Titel der angeblichen Förde-

rung von freiem Handel und Tausch laufen, schleichen sich oft gleichmacherische, homogenisierende Ideen ein. Ja, es ist nicht übertrieben zu behaupten, dass darin vielleicht die grösste und gefährlichste Falle für nominell den freien Austausch und Handel betreffende Begriffe wie zum Beispiel den «Binnenmarkt» besteht. Indem nämlich mit Instrumentarien wie dem «level playing field» oder den «gleichlangen Spiessen» nach *Homogenität als Vorbedingung* gestrebt wird, derweil just ihr *Gegenteil* axiomatische Voraussetzung ist. Unsere unverkennbar vorhandene Skepsis gegenüber dem europäischen Binnenmarkt beruht genau auf dieser Verwirrung auf begrifflicher Ebene.

Wo Verschiedenheit von Menschen und ihren objektiven und subjektiven Voraussetzungen herrscht, entsteht das Bedürfnis nach kooperativem Austausch. Die Geschichte von Robinson Crusoe wird zu einer Geschichte von Tausch und Handel, sobald sein Schicksalsgenosse Freitag auftaucht. Die nichtkooperative Alternative zum Austausch ist die gewaltsame Wegnahme beziehungsweise ihre Derivate wie die «freiwillige» Erbringung von Opfern oder von Frondienst oder das Erbringen von Abgaben ohne adäquate Gegenleistung. Das kooperative Gegenstück zur Wegnahme hat den Vorteil, dass es *beidseitig* positive *Produktionsanreize* auslöst und somit wohlstandsvermehrend wirkt. Tausch und Handel haben nicht nur Verschiedenheit zur Voraussetzung, sondern führen auch laufend zu Veränderungen. Was resultiert, ist eine *ungeheure Dynamik*. Dies wurde in der Kulturgeschichte des Menschen wohl schon früh intuitiv so gespürt, und vermutlich übertreffen historisch gesehen die kooperativen Phasen des Zusammenlebens in mehr oder weniger freiem Austausch jene des nichtkooperativen Verhaltens durch Wegnahme und Krieg bei weitem. Da Heldentaten aber attraktiveren Erzählstoff liefern als Berichte über gute Geschäfte, ist unsere geschichtliche Wahrnehmung selektiv verzerrt. Die Phönizier seien ein Handelsvolk gewesen, wissen wir. Und wir ordnen diesen hochkultivierten Vorfahren den Ursprung der heute noch gebräuchlichen Schriften, der lateinischen, der griechischen, der arabischen und der indischen (!) zu. Immerhin. Über König David, über Alexander den Grossen, über Achilles und Agamemnon, über Julius Cäsar und Augustus wissen wir aber viel mehr, und sie sind die Helden von Schauspielen, Opern und Musicals. Der Mensch, auch der heutige, leidet an einer psychisch bedingten Asymmetrie, an einer Schlagseite zugunsten des Ereignisses, des Events. Tag für Tag umrunden Tausende von Schiffen, Flugzeugen, LKW's mit Millionen von Gütern den Erdkreis. Eine Abfolge von Events ungeheuren Ausmasses. Aber es interessiert sozusagen niemanden. Die Androhung eines Boykotts oder eine gewaltsame Intervention: Das sind News, nach denen wir lechzen, obwohl sie materiell wie quantitativ vermutlich eher nebensächlich sind.

Will heissen: Zwischen all dem, was laufend vor sich geht und völlig selbstverständlich ist, und dem,

was als angeblich wichtig wahrgenommen wird, klafft eine riesige Lücke, und der freie Austausch hat es entsprechend schwer, echte Befürworter zu finden. Beidseitig gesteigerter Wohlstand und positive Produktionsanreize langweilen, gezielte Aktionen und Taten, möglichst konkrete Massnahmen für dies und das faszinieren. Wer kennt noch den Namen Arthur Dunkel? Er war der (portugiesisch-schweizerische) Held des GATT von 1980 bis 1993 und Vordenker der Welt handelsorganisation WTO. Wo steht sein Denkmal? Obschon er gegen Armut und Hunger in der Welt mit Sicherheit mehr geleistet hat als manche Entwicklungsorganisationen und NGOs zusammen, verliert die deutschsprachige Wikipedia-Seite nur gerade zwei Zeilen über seinen Werdegang. Es gilt, die offenkundige Wahrnehmungsdifferenz des Menschen bezüglich kooperativen und nichtkooperativen Handlungsvarianten vor Augen zu halten, wenn wir die später im Text zu behandelnden aktuellen Angriffe gegen Austausch und Globalisierung beurteilen wollen.

KAPITEL 3

Von Mun zu Smith zu Ricardo

Jenseits intuitiver Wahrnehmung und den beschriebenen Problemen der Asymmetrie verläuft die Geschichte der ökonomischen Theorien in einer ziemlich geraden Linie von einem anfänglich eher nichtkooperativen zu einem mehr und mehr kooperativen Verständnis. So formulierte der Begründer der *merkantilistischen Theorie*, der damalige Direktor der Britischen Ostindien Kompanie Thomas Mun (1571–1641), seine Quintessenz noch wie folgt: «Das gewöhnliche Mittel, um unseren Staatsschatz zu vermehren, ist der Aussenhandel, wobei wir folgende Regel beachten müssen: jährlich an Ausländer mehr verkaufen, als wir von ihnen verbrauchen.» Die Idee der *Mehrung des Staatsschatzes* durch einen Handelsüberschuss ist nahe an der Idee der Wegnahme manu militari, was in bestimmter Weise für die Tätigkeit der Ostindien Kompanie ja auch zutrifft. Wohlstand und Gedeihen des Volkes, ja, des Konsumenten, der anstelle von teurer produzierten inländischen Gütern von billigerer importierter Ware profitieren könnte: Darüber denkt Thomas Mun nicht nach. Die Differenz zwischen Exporten und Importen ist die Messgrösse des Merkantilismus, ein Handelsdefizit ist a priori «bad, very bad», um es in moderner merkantilistischer Tweet-Sprache auszudrücken. Kostengünstige Inlandproduktion, sichergestellt durch möglichst günstige Arbeitskraft, war stets eines der Hauptziele im praktizierten Merkantilismus. Der Wertschöpfungsgedanke lag noch in weiter Ferne.

Der Merkantilismus fand seinen Höhepunkt in der französischen Wirtschaftspolitik der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts unter Louis XIV. Dessen Finanzminister und faktischer Regierungschef Jean-

Baptiste Colbert (1619–1683) brachte alle bestimmenden Elemente des Königreichs auf die eine Linie der Maximierung des Staatsschatzes; wo die vorindustriellen Manufakturen den Preisvorteil über importierte Ware nicht zu schaffen vermochten, wurde mit Zöllen nachgeholfen, was rund hundert Jahr später zum Hauptauslöser der französischen Revolution wurde. Der hohe Finanzbedarf des französischen Hofes und die kostspieligen Kriege wurden zu Verrätern des inneren Wohlstands, und hierin zeigt sich denn auch die wichtigste Schwäche des merkantilistischen Konzepts. Es entspricht zwar in gewisser Hinsicht den Vorstellungen von Unternehmensführung, aber ein Land ist eben nicht ein auf den Eigner ausgerichtetes Gebilde, sondern hat auch noch ein Volk, dem der verfügbare Kapitalstock, die Lebensbedingungen und der individuelle Wohlstand mehr bedeuten als der Staatsschatz einer abgehobenen Machtelite.

Auf den Merkantilismus folgte durch den schottischen Moralphilosophen Adam Smith (1723–1790) die *Theorie der absoluten Kostenvorteile*, gemäss derer sich die Länder auf jene Tätigkeiten zu konzentrieren haben, für die sie am ehesten geschaffen sind und deswegen am günstigsten produzieren können. Im freien Tausch solchermaßen produzierter Ware gegenüber Gütern, die andere günstiger produzieren und gegenüber Rohstoffen, welche für die inländische Produktion notwendig sind, entstehen auf beiden Seiten mehr Vorteile als bei der Selbstversorgung. Zölle gehörten laut Adam Smith abgeschafft, weshalb er als Vater der Idee des Freihandels gilt. Sein Gedankengut lag jeglichem Dirigismus fern; das Gleichgewicht zwischen der Produktion einzelner Länder würde sich von selbst einstellen, wie von «unsichtbarer Hand geleitet». Im Gegensatz zum Merkantilismus lassen sich aus der Theorie der absoluten Kostenvorteile deshalb nicht so einfach praktische Handlungsanweisungen für die Wirtschaftspolitik ableiten. Der klassische Vorwurf an die Adresse von Adam Smith, der «Manchesterliberalismus» mit all seinen Schattenseiten hätte seinen Ursprung in seiner Theorie, ist deshalb haltlos. Bei Lichte betrachtet entsprach jene Phase der englischen Wirtschaftsgeschichte vielmehr einer durch moderne Technik und billige Rohstoffe aus den Kolonien (einer durch und durch merkantilistischen Gegebenheit) losgetretenen Blase mit all ihren negativen Konsequenzen.

Ihre Weiterentwicklung erfuhr Adam Smiths Theorie im 19. Jahrhundert durch David Ricardo (1772–1823), der das Konzept der *relativen Kostenvorteile* einbrachte. Die Vergleichsbasis für Kosten sind nicht die absoluten Zahlen in Pfund, Schilling und Pence, sondern jene einer alternativen Betätigung. Die aufgrund von Opportunitätsüberlegungen funktionierende Wirtschaft (Staaten, aber auch einzelne Unternehmungen und Individuen) findet ihr Optimum in einer Mischung aus kostengünstigerer und teurerer Produktion und dem Tausch mit Entitäten mit andersartigen Opportunitätskosten. Das ricardianische Aussenhandelsmodell hat den grossen Vorteil, dass es weder «unterlegene» Länder

noch einen gewissen Grad an Selbstversorgung zu höheren Kosten a priori ausschliesst, sondern dafür eine solide ökonomischen Fundierung schafft. Es kommt insofern der Realität viel näher als sowohl der Merkantilismus als auch die Theorie der absoluten Kostenvorteile. Massgrösse für das ricardianische Modell ist nicht die Handelsbilanz, sondern die zum Beispiel über das Bruttoinlandsprodukt abgebildete allgemeine Wohlfahrt.

Auch Ricardos Theorie wurde weiterentwickelt und verfeinert, zum Beispiel durch die beiden schwedischen Ökonomen Heckscher und Ohlin, gemäss denen sich die Faktorpreise zwischen den Ländern angleichen, auch wenn sich die Produktionsfaktoren (z. B. Arbeitskraft) nicht frei über die Grenzen bewegen können, vorausgesetzt, die Produktionstechnologie ist international frei verfügbar. Heckscher und Ohlin waren somit zu Beginn des 20. Jahrhunderts Vordenker der Globalisierung, welche seit nunmehr gut 25 Jahren im Gange ist.

KAPITEL 4

Über Bilanzen, Ungleichgewichte und Grössenordnungen

Nach diesem kurzen geschichtlichen Abriss zu den Handelstheorien drängt sich ein Gang durch einige Begriffe auf. Denn viele zum Teil falsche oder zumindest problematische Sichtweisen bezüglich Tausch und Handel gründen in einem semantischen Durcheinander. Die Volkswirtschaftslehre geht von der Existenz einer *Zahlungsbilanz* territorialer Entitäten, das heisst von Nationalstaaten oder von allfälligen Zusammenschlüssen, zum Beispiel in einem Binnenmarkt, aus. Die Zahlungsbilanz ist der Oberbegriff für die Handelsbilanz, die Dienstleistungsbilanz, die Übertragungsbilanz sowie die Kapitalbilanz.

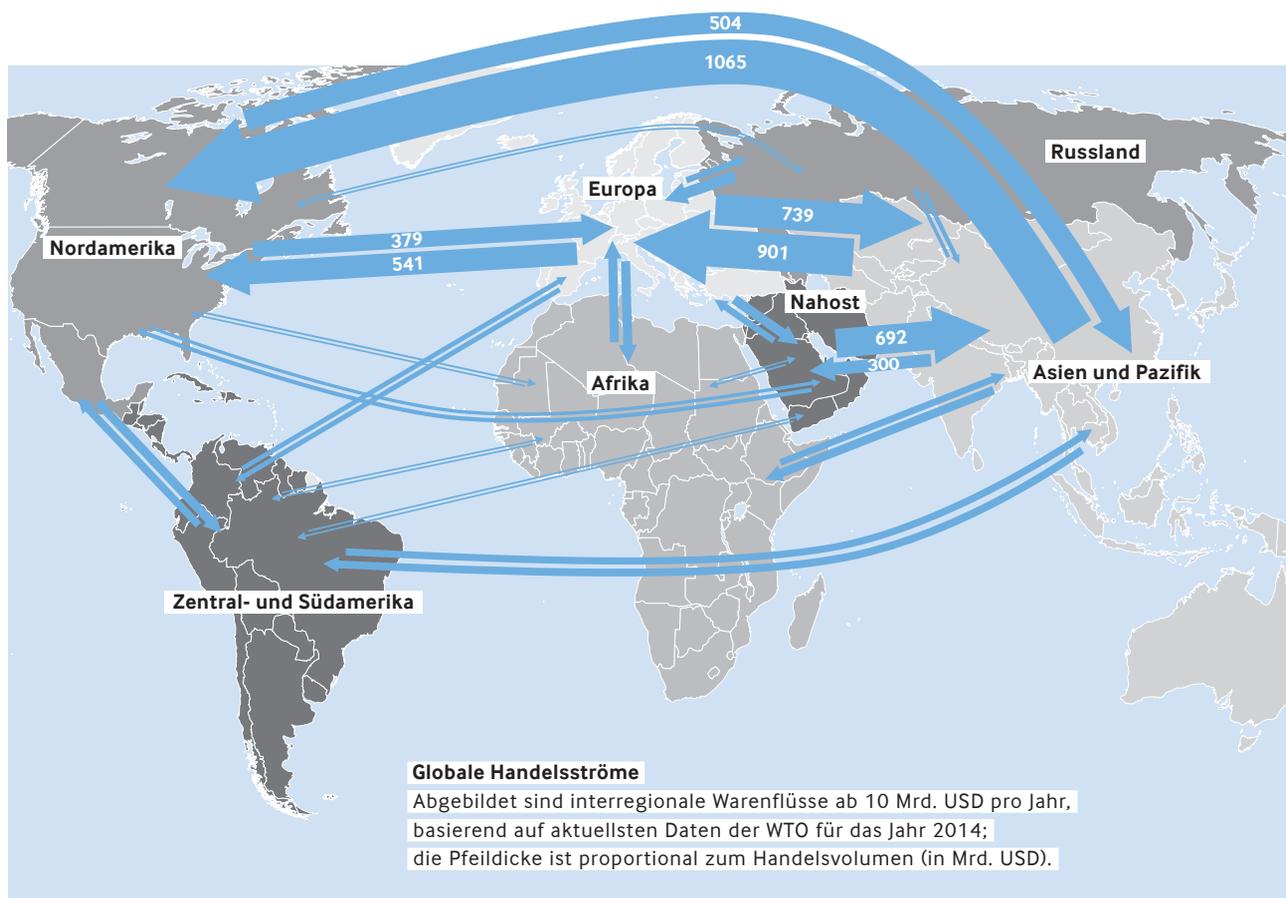
Die Handelsbilanz steht für die Einnahmen aus Warenexport respektive die Ausgaben für Warenimport. In der Dienstleistungsbilanz verbuchen sich die entsprechenden Einnahmen und Ausgaben aus Export und Import von Dienstleistungen. Die Übertragungsbilanz beschreibt Vorfälle wie Schuldenverzicht oder Kohäsionszahlungen an das Ausland. Handels-, Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz machen zusammen die *Leistungsbilanz* aus. Die *Kapitalbilanz* ist das Gegenstück zur Leistungsbilanz. Sie beschreibt den Kapitalimport, also beispielsweise den Kauf von inländischen Wertschriften durch Ausländer respektive den Kapitalexport, der zum Beispiel dann erfolgt, wenn eine inländische Unternehmung eine Tochterfirma im Ausland errichtet.

Fällt die Leistungsbilanz für ein Land negativ aus, dann muss ausländisches Kapital den Ausgleich schaffen. Man spricht dann, etwas ungenau, von *Handelsdefizit*. Ein solches verzeichnen zum Beispiel

seit längerer Zeit die USA. Seit dem Ende von Bretton Woods im Jahre 1971 lassen sich die Amerikaner ihren privaten Konsum, ihre Investitionen und ihre Staatstätigkeit vom Ausland finanzieren. Das Defizit der letzten Jahre schwankte zwischen 4 und 6 Prozent vom BIP; in absoluten Zahlen liegt der Finanzbedarf bei etwa 500 Milliarden US Dollar pro Jahr. Das sieht strukturell bedrohlich aus und ist es vermutlich auch. Denn die aus ökonomischer Sicht überfällige Bereinigung des Ungleichgewichts mittels Auf- bzw. Abwertung der involvierten Währungen steht noch aus. Die als Lieferanten der Güter hauptsächlich betroffenen Chinesen akzeptieren seit Jahren völlig bedenkenlos amerikanische Wertschriften, was sich unter anderem in exorbitant hohen Fremdwährungsreserven Chinas niederschlägt. Sie liegen derzeit bei etwa 3'000 Milliarden US Dollar. Im Jahr 2014 betrug sie noch ganze 1'000 Milliarden mehr; vermutlich haben die riesigen, über die ganze Welt verstreuten chinesischen Investitionsprojekte den Berg etwas abgetragen, und ausserdem ist die chinesische Staatskasse hoch defizitär und sucht zu ihrer Finanzierung ebenfalls ausländische Quellen.

Falls, wie politisch offenbar beabsichtigt, ein «faireres» Austauschverhältnis zwischen den USA und China gesucht werden sollte und dies den Abbau des Handelsdefizits nach sich ziehen würde, dann müssten sich die USA vermehrt inländisch finanzieren. Zur volkswirtschaftlichen Begrifflichkeit gehören auch die bekannten *Identitäten* zwischen gesamtwirtschaftlicher Leistung und den Aggregaten wie Konsum, Investitionen, Staatstätigkeit, Sparen und Aussenfinanzierung. Die Leistungsseite und die Finanzierungsseite der volkswirtschaftlichen Rechnung müssen ausgeglichen sein. Das bedeutet im konkreten Fall: Wenn die ausländische Finanzierung der amerikanischen Volkswirtschaft wegfällt, dann müssen die Mittel aus dem Inland kommen. Wie aber in aller Welt die Amerikaner zu vermehrter Sparneigung angehalten werden könnten und wie dies ohne namhafte Anreizbildung mittels höherer Zinsen zu erfolgen hätte, steht für uns in den Sternen geschrieben. Oder anders gesagt: Es ist wohlfeil, mit Begriffen wie «zu hohes Handelsdefizit» und «Net imports are bad, very bad» um sich zu schlagen. Ob die Konsequenzen einer wirklichen Richtungsänderung bedacht sind, ist zu bezweifeln.

Damit wollen wir unterstreichen, dass die Weltkarte mit den globalen Handelsströmen durchaus zu Fragen bezüglich deren Nachhaltigkeit Anlass gibt (siehe Grafik). Nebst dem erwähnten, anhaltenden Ungleichgewicht im Verhältnis der USA zu China erachten wir die sichtlich hohe Abhängigkeit Chinas von Energie aus dem Mittleren Osten in bestimmter Hinsicht als bedenklich. Denn sie steht im Zusammenhang mit der faktischen Inexistenz von Erdölbezügen der USA aus jener Weltgegend, in der aber hauptsächlich die Amerikaner für Sicherheit sorgen. Offenbar haben die USA über die letzten Jahre konsequent für einen höheren Selbstversorgungsgrad



im Energiebereich gesorgt. Die militärpolitischen Konsequenzen für diesen energiepolitischen Befreiungsschlag stehen noch aus, liegen aber in der Luft. Die Aufrüstung Chinas und sein Streben nach überregionaler Hegemonie folgen zwangsläufig.

Von ähnlichen Ungleichgewichten wie bei China ist die Exporttätigkeit Deutschlands geprägt. Allerdings betrifft diese nicht in erster Linie Konsumgüter, sondern Ausrüstungsgüter wie Maschinen und Anlagen. So wies der «Economist» in seiner Ausgabe von Anfang Juli darauf hin, dass in absoluten Zahlen der deutsche Handelsbilanzüberschuss mit rund 300 Milliarden Dollar jenen der Volksrepublik China (200 Milliarden, Zahlen für 2016) sogar übertrifft. Ähnlich ist auch die nur sehr spärliche Weitergabe der Exportgewinne an die Werk tätigen, deren Löhne über die letzten Jahrzehnte kaum mehr gestiegen sind. Versteckter Merkantilismus, das heisst Maximierung des Staatsschatzes? Hängt der Erfolg der Euro-Stabilisierung durch die EZB letztlich mit dieser Sondersituation zusammen? Drohen folglich mittelfristig Währungsverschiebungen? Der «Economist» empfiehlt den Deutschen Realloohnerhöhungen und höhere Staatsausgaben. Wohlan – aber wie soll das bei einer Arbeitslosenquote von nunmehr lediglich 4 Prozent ohne deutlichen Inflationsschub vonstatten gehen? Und wie soll, mit Verlaub, ein Land handeln, wenn es infolge Einbindung in eine Einheitswährung gar nicht mehr über die wirtschafts- und währungs-politischen Instrumente verfügt?

KAPITEL 5

Anfechtungen und Abweichungen

Die ziemlich heiss laufenden Diskussionen über Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft und die dabei immer wieder aufkommende Sinnfrage bezüglich Freihandel müssen vor dem Hintergrund eines dem Menschen vermutlich inhärenten Schutzreflexes für das Bestehende, Nahestehende, Eigene gesehen werden. Man fasst die darauf fussenden Phänomene unter dem negativ besetzten und abstrakten Begriff des «Protektionismus» zusammen. Im Konkreten sind solcherlei Gedanken aber weder fremd noch durchwegs negativer Natur, ganz im Gegenteil. So gibt es beispielsweise sehr gute Argumente für die Sicherstellung einer genügenden Versorgungslage in einem Land, und insbesondere dann, wenn Notzeiten herrschen, sprich, innere oder äussere Versorgungsströme zeit-/teilweise oder andauernd/gänzlich wegbrechen. Die Aufrechterhaltung eines genügenden Masses an eigenen Produktionskapazitäten wird in diesem Zusammenhang als Staatsaufgabe gesehen. Die Alternative ist eine genügende Vorrathaltung, was allerdings nicht bei allen Gütern hinreichend möglich ist. «Not», «genügendes Mass», «hinreichend möglich»: Die Ausdrücke sind qualitativer Art und weisen auf einen erheblichen Interpretationsspielraum hin, oder umgekehrt

gesagt kann deswegen Selbstversorgung als willkommenes Argument für weitergehende und andere Zwecke missbraucht werden. Es ist also Vorsicht angebracht.

Wie auch immer man das Thema der Selbstversorgung angeht, es wird immer mehr oder minder in Widerspruch stehen zu den Prinzipien des freien Tauschs und Handels. Selbst die von Ökonomen marktwirtschaftlicher Observanz bevorzugten Direktzahlungen an inländische Produzenten im Selbstversorgungsbereich wirken letztlich verzerrend auf die Import-/Exportmärkte; problematischer sind selbstverständlich Schutzzölle oder Mengenbegrenzungen zwecks Aufrechterhaltung hoher inländischer Preise. Am schlimmsten, das heisst volkswirtschaftlich am teuersten, sind wohl die Mischformen aller möglichen Schutzmassnahmen, wie sie in praktisch allen entwickelten Ländern die Landwirtschaft kennzeichnen. An planwirtschaftliche Verhältnisse erinnernde Zustände mit Milchschwemmen, Butterbergen, Ausmerzaktionen und ähnlichen Eingriffen in den freien Markt sind die Folge davon. Das Verheerende: Alle Involvierten meinen, das Richtige zu tun und nützlich zu sein, vom einzelnen Bauern über den Verbandsdirektor bis zu den zuständigen Amtsvorstehern, und man kann ihnen nicht einmal böse sein, denn sie verrichten einen gesetzlichen Auftrag oder meinen zumindest, das zu tun.

Es ist eine Tendenz zur *Agrarisierung* weiterer Wirtschaftsbereiche feststellbar, und nicht nur unter dem Titel der Selbstversorgung. Im Vordergrund stehen die Energieproduktion und -distribution, das Gesundheitswesen und der Arbeitsmarkt. Man traut dem konkreten, spezifischen Eingriff mehr als den abstrakten, unsichtbar wirkenden Kräften des Marktes. Übergeordnet betrachtet handelt es sich aus unserer Sicht um ein teilweises Versagen im akademischen Bereich, indem es der Ökonomie und im speziellen den Vertretern von Public Choice schwergefallen ist, Zielkonflikte anzuerkennen und mit ihnen so umzugehen, dass sie für den politischen Prozess auch greifbar und anwendbar werden. Offene Märkte und Selbstversorgung stehen in weitestgehendem Gegensatz zu einander; einfache Prinzipien und völlige Transparenz wären zwingend, weil ja stets auch die Übervorteilung im Raume steht. Vielleicht würde lediglich die Regel genügen, dass im Zweifelsfall stets der Nicht-Eingriff, das Prinzip der Freiheit obsiegen soll.

Protektionistische Tendenzen betreffen nebst den genannten Sektoren aber eigentlich sämtliche Bereiche der Wirtschaft, wenn es beispielsweise um den Schutz bestehender inländischer Produktionskapazitäten und den damit verbundenen Arbeitsplätzen geht oder um den Aufbau junger Industrien und Dienstleistungsunternehmungen. Es ist in diesem Zusammenhang geradezu atemberaubend, wie offen unter dem Titel der «Innovationsförderung» die öffentliche Begünstigung inländischer Produktionskapazitäten stattfindet, ohne dass jemand die ordnungspolitisch rote Karte zücken würde. Man mag es drehen und wenden wie man will, aber Mun/Colbert erfreu-

en sich trotz allen Bekenntnissen zu Freihandel und Globalisierung hoher Beliebtheit dank politischer Attraktivität im Konkreten und Spezifischen.

Im wesentlichen stehen zur verdeckten oder offenen protektionistischen Parteinahme die folgenden Instrumente zur Verfügung: Zölle, Kontingente, Steuern auf Importe, Subventionen an Inländer, ausländische Subventionen zu Exportzwecken, nichttarifäre Massnahmen sowie die Selbstbeschränkung aus übergeordneten Gründen. Am Rande zur nichtkooperativen Wegnahme bietet sich zudem der Kapitalverkehr an, worauf noch zurückzukommen ist.

In der Beurteilung dieser protektionistischen Instrumente dürfen heutzutage die *Zölle*, die in früheren Zeiten das wichtigste Hemmnis für eine allseitige Wohlstandszunahme darstellten, als vergleichsweise *harmlos* gelten. Denn erstens sind sie transparent und somit bezüglich Erwartungsbildung unproblematisch, und zweitens haben diesbezüglich das GATT und nachfolgend die WTO am eindrucklichsten Wirkung gezeitigt. So fiel das durchschnittliche Zollniveau von mehr als 40 Prozent bei Gründung des GATT im Jahre 1947 auf nunmehr knappe 5 Prozent. Offene Subventionen und andere finanzielle Bevorzugungen inländischer oder Benachteiligungen ausländischer Anbieter sind immer schwieriger aufrechtzuerhalten. So muss die Schweiz bis ins Jahr 2020 das sogenannte «Schoggigesetz» aufgeben. Es verschaffte den durch hohe Inlandpreise «benachteiligten» inländischen Anbietern einen Preisausgleich für verarbeitete Agrarprodukte.

Wirklich ins Gewicht fallen heute immer mehr die intransparenten, *nichttarifären Handelsbemmnisse*. Dem breiteren Publikum ist die byzantinische Komplexität der nichttarifären Welt durch die unfreiwillige Showeinlage des früheren Finanzministers Hans-Rudolf Merz in Sachen Bündnerfleisch bekannt geworden. Dass eine hohe Kadenz zur Erhöhung der Regulationsdichte ein sehr potentes Kampfmittel zur Strukturhaltung und zur Begünstigung bestehender, mächtiger Grossproduzenten und -anbieter ist, liegt in der Natur der Sache. Dies betrifft vor allem die Seite der entwickelten Länder und der grossen Binnenmärkte wie den USA oder der Europäischen Union. In weniger entwickelten Ländern und namentlich den aufstrebenden Schwellenländern wird die Regulation, die punkto Komplexität derjenigen der entwickelten Länder kaum nachsteht, in Kombination mit der inhärenten Korruption zur Investitionsfalle für westliche Firmen. Unter dem Vorwand neuer, angeblich besserer Gesetze werden über Nacht neue Verhältnisse geschaffen, bestehende Bewilligungen entzogen und faktisch Enteignungen durchgezogen. «Grandfathering», das heisst der Schutz wohlervorbener Rechte, gilt, wenn überhaupt, oft nur beschränkt oder auf beschränkte Zeit. Die Entwicklung ist insofern problematisch und in gewisser Hinsicht auch regelrecht gefährlich, als auch in diesen Teilen der Welt eine Tendenz hin zur strafrechtlichen Behandlung grundsätzlich privatrechtlicher

Sachverhalte zunimmt, was die Wahrnehmung von Führungspositionen zum persönlichen Risiko macht. Wer möchte denn in Drittweltländern ins Gefängnis, auch wenn es nur für ein paar Tage und Nächte Untersuchungshaft wäre?

Die wirkliche *Achillesferse* des internationalen freien Handels liegt aber anderswo. Wie wir gezeigt haben, weist die Leistungsbilanz eine Kehrseite auf, nämlich die Kapitalbilanz. Transaktionen von Gütern und Dienstleistungen erfolgen üblicherweise gegen Bezahlung oder auf Kredit. Dazu dient das *internationale Zahlungssystem*, das heisst das riesige weltweite Netz von grössten, grossen und auch kleineren Banken und von Clearingorganisationen. Sie funktionierten bis vor wenigen Jahren nach den Prinzipien des als Commodity verstandenen Geldes. Die Geldströme betrafen im wesentlichen ein homogenes Gut, von dem niemand wusste, welcher Geldschein und welche Banküberweisung zuvor welchen Weg eingeschlagen hatten.

Durch die Bemühungen, internationale Sanktionsmechanismen gegen unbotmässige Länder durchzusetzen, der Finanzierung des internationalen Terrorismus beizukommen, den Drogenkrieg führen zu können, die Steuerhinterziehung zu bekämpfen, hat die Entanonymisierung des Zahlungs- und Kapitalverkehrs einen vergleichslosen Schub erhalten. «Traceability», Nachverfolgbarkeit, heisst das Stichwort. Im Zusammenhang mit der massiv erhöhten und sich laufend erhöhenden Justiziabilität wirtschaftlicher Vorgänge infolge immer dichterere Regulation ergibt sich daraus eine den freien Welthandel durchaus gefährdende Entwicklung. Beachtet werden muss in diesem Zusammenhang auch, dass infolge der weltweiten Verwendung des US Dollars als Zahlungsmittel das faktische US-Territorium bezüglich Gerichtsbarkeit und Anwendbarkeit amerikanischen Rechts weit grösser ausfällt als das Gebiet zwischen dem Atlantik und dem Pazifik. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass aufgrund der mit Nachverfolgbarkeit verbundenen Risiken viele Banken früher völlig selbstverständliche Dienstleistungen aufgegeben haben. So ist es für viele Unternehmen schwierig geworden, Banktransaktionen für kleinere und in der Peripherie gelegene Länder, geschweige denn sogenannte Risikoländer vornehmen zu lassen.

KAPITEL 6

Win-Win gewinnt dennoch

Ist also der freie Handel, ist die Globalisierung schlechthin gefährdet? Ja. Aber das waren sie schon immer. Einerseits ideologisch, weil die Logik der auf dem – gedanklich nicht so einfach nachzuvollziehenden – komparativen Vorteil beruhenden beidseitigen Win-Win-Situation nicht allen einleuch-

ten will. Vorteil ohne Nachteil, das könne es nicht geben. Statisch gedacht, stimmt die Überlegung, dynamisch keineswegs. Da es bei «Wirtschaft» um Vorgänge geht, kann aber die statische Sichtweise nicht genügen. Dennoch wird sie bestehen bleiben, und sie wird für einfach gestrickte Chaoten bei Strassendemos wie auch für wohlmeinende Prediger auf Kanzeln und anderswo auch immer wieder die passende Legitimationsgrundlage für die gesuchte Entrüstung über die Ungerechtigkeit der Welt vermitteln.

Weil der beidseitige Zugewinn durch Tausch und Handel aber einer jahrtausendealten Erfahrung der Menschheit entspricht und in den vergangenen Jahrhunderten auch theoretisch sauber aufgearbeitet worden ist, sehen wir *keine grundsätzliche Gefährdung* der Idee des Freihandels. Im Gegenteil, wir gehen davon aus, dass künftig viel Druck von Seiten der weniger entwickelten Länder aufkommen wird, um die bis anhin sorgsam gehüteten protektionistischen Teilbereiche der Weltwirtschaft, allen voran in der Landwirtschaft, zu knacken. Es ist ja nicht einzusehen, weshalb ausgerechnet dort, wo das Klima die Verschiedenheit der Faktorausstattung am deutlichsten zum Tragen bringt, die Spezialisierung von Ländern und Weltgegenden Halt machen soll. Die Agrarkartelle des Westens unter dem Vorwand allzu weit gefasster Selbstversorgung werden nicht aufrecht zu erhalten sein.

Zudem – und vielleicht belangreicher – muss man sehen, dass in der modernen Unternehmenswelt die rein territorialen Vorstellungen, wie sie einen Staat, das heisst eine Volkswirtschaft und deren Ausenwirtschaftspolitik ausmachen, kaum mehr von Bedeutung sind. Wo in *aller* Welt wird denn beispielsweise ein Apple iPhone hergestellt? In Kalifornien? In China? Oder gar in Heerbrugg/Schweiz, von wo die Firma SFS die notwendigen 20 Schrauben beisteuert? Wo wird der Handel verbucht, wo der Gewinn? Die extreme internationale Verflechtung selbst kleiner Unternehmungen macht Mut. Denn ein echter, tiefgreifender Rückfall in den Protektionismus würde hoch effiziente, arbeitsteilige Prozesse unterbrechen und die Weltwirtschaft *allseits* zum Erliegen bringen. Der Schnitt ins eigene Fleisch ist programmiert. In diesem Zusammenhang stimmt auch die hohe chinesische Investitionstätigkeit in westliche Unternehmen optimistisch, selbst wenn Missbehagen verursachende staatliche Stellen mit im Spiel sind. Denn mit jedem zusätzlichen Engagement der Chinesen im Ausland rückt rein merkantilistisches Denken zwingend in den Hintergrund.

Sorgen bereitet allerdings ein Phänomen, das in weiteren Ausgaben der *bergsicht* wohl noch vertieft werden könnte: die Behandlung des freien Kapitalverkehrs und seine Gefährdungen. Es geht um die «Entcommoditisierung». Es ist absehbar, dass nicht nur im Bereich des Geld- und Kapitalverkehrs, sondern weit darüber hinaus bis tief in den Agrar- und Rohstoffbereich die Zeiten vorbei sind, in denen der Welthandel hauptsächlich von homogenen Gütern geprägt war. Als Erdöl Erdöl war, Weizen Weizen,

Schweinebäuche Schweinebäuche und so weiter. «Traceability», Nachverfolgbarkeit wird auch im Waren- und Güterverkehr bis hin zur Nachverfolgbarkeit von Maschinenbestandteilen Einzug halten. Weshalb? Weil es technisch, aufgrund quasi kostenloser Datenhaltung und -verarbeitung, möglich ist. Die Zeit der grossen Silos und der Vermischung bis zur Unkenntlichkeit geht ihrem Ende entgegen. Alles wird nachverfolgbar, entanonymisiert. Die Blockchain-Technologie (vgl. *bergsicht* Ausgabe Nr. 17) wird diesbezüglich für einen weiteren Quantensprung sorgen; letztlich geht es um nichts Anderes als die eindeutige Zuordnung von Transaktionen – Nachverfolgbarkeit pur.

Das eröffnet einerseits ungeahnte Chancen zur *Bewirtschaftung von Verschiedenheit*. Keine Nachverfolgbarkeit ohne entsprechende Detektoren und Datenwolken dahinter! Und: wunderbare Zeiten, in denen plötzlich verantwortlich wird, wer etwas in die Welt setzt. Andererseits ergeben sich aus der Nachverfolgbarkeit in einer extrem arbeitsteiligen Welt auch ungeahnte Haftungsrisiken und eine Komplizierung der Geschäftsprozesse, für die noch kaum jemand gerüstet ist. Traceability, das macht sie gerade aus, kann den grossen Multi wie auch den kleinen Zulieferer betreffen. Niemand wird der neu gewonnenen Transparenz entgehen können.

Der Welthandel wird sich also weiter verändern. Namentlich im Finanzmanagement globaler Unternehmungen muss daran gedacht werden, dass ein übergeordneter Konsolidierungskreis Transferrisiken in sich bergen kann. Die absehbar erhöhte Nachverfolgbarkeit, welche den Welthandel bis in die äussersten Kapillaren prägen wird, kann nur bewältigt werden, wenn die Geschäftsmodelle im selben Masse einfach bleiben. Regulationsdichte, gerade wenn sie als «Waffe» in der nichttarifären Auseinandersetzung gebraucht wird, und Nachverfolgbarkeit sind ein gefährliches Pärchen. Was es in den Unternehmungen braucht, ist ein bewusster Sinn für *Resilienz*, Widerstandsfähigkeit. Dazu gehört eine ausgesprochen transparente Wertschöpfungskette bis hin zu den Zulieferern der Zulieferer, der Aufbau und der Unterhalt wirklich bewährter Geschäftsbeziehungen sowie ein konsequentes «Ringfencing», selbst wenn das ein paar Prozent Return kosten mag. Weder die Frage nach der richtigen Grösse einer Unternehmung darf mit Blick auf die veränderte Risikosituation sakrosankt sein noch jene nach dem richtigen Mix von Eigenkapital und Verschuldung. Denn die erleichterte Nachverfolgbarkeit kann Begehrlichkeiten wecken, wo zuviel Geld auf dem Tisch herumliegt.

*

Freihandel, was sonst? So unbestritten und wohlbegründet der allseitige Wohlfahrtsgewinn ist, so deutlich fallen auch Anfechtungen und die Tendenz zu schleichenden Einschränkungen aus. Was die kleine offene Volkswirtschaft betrifft, welcher anzugehören

unser Privileg ist, so gibt es unseres Erachtens keinen Grund, von der (relativ) liberalen Aussenwirtschaftspolitik abzuweichen. Im Gegenteil, mit jeder zusätzlichen reziproken Handels- oder Dienstleistungsvereinbarung verbessert sich die Ausgangslage unserer Wirtschaft insgesamt weiter. Demgegenüber kann die bedingungslose Teilnahme an einem hochregulierten Binnenmarkt auf der globalen Ebene auch Nachteile nach sich ziehen, wie der Nachvollzug des europäischen MiFID-Regelwerkes deutlich aufzeigt. Zum Wesen einer kleinen offenen Volkswirtschaft wird gehören müssen, dass sie sich als Plattform für verschiedene Regulationsarten und -dichten versteht, wie dies die Schweiz bei der Börsenkotierung bezüglich der Buchhaltungsstandards (wahlweise IFRS oder Swiss GAAP FER) bereits kennt. Nichts spricht dagegen, diese Art von Handlungsfreiheit auf andere Sachgebiete auszudehnen, um der Verschiedenartigkeit der Welt gerecht zu werden.

Auf der Suche nach neuen Funktionalitäten des ehemals gewichtigen Finanzplatzes Schweiz ergäben sich im Zusammenhang mit der erhöhten Gefährdung der Kapitalseite der Weltwirtschaft neue Möglichkeiten. Die Kombination einer eigenen Währung mit selbständigem Clearing und einem wohl ausgestatteten, durchsetzungsfähigen Justizwesen auf eigenem Territorium ausserhalb der wichtigsten Machtblöcke könnte ein interessantes Angebot darstellen. Vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen für den Rechtsschutz und für dessen Grenzen sind klar und bleiben stabil.

Freihandel bedeutet Dynamik. Der erfolgreiche Umgang mit Dynamik setzt eines voraus: unablässiges Voraus- und Weiterdenken. Dies gilt für Individuen, Unternehmungen und Länder und ist mithin fast ein wenig als Aufruf zu verstehen.

KH, ENDE JULI 2017

—
M1 AG
Postfach 344, Museumstr.1
9004 St.Gallen – Schweiz
Telefon +41 (0) 71 242 16 16
Telefax +41 (0) 71 242 16 17
info@m1ag.ch

—
Abonnieren: www.bergsicht.ch